

Medienmitteilung des Schweizer Bauernverbands vom 5. November 2015

Affront gegen die Schweizer Bäuerinnen und Bauern

Der Vorstand des Schweizer Bauernverbands (SBV) ist entrüstet über die Vorschläge des Bundesrates, den landwirtschaftlichen Zahlungsrahmen für die Jahre 2018 bis 2021 um rund 800 Millionen Franken zu kürzen. Für den SBV ist die Reduktion schlicht ein Affront gegen die Bauernfamilien. Als Provokation sondergleichen versteht er die Aussage, die Bäuerinnen und Bauern sollen die Kürzungen mit Produktivitätssteigerungen auffangen.

Die Schweizer Bäuerinnen und Bauern bewegen sich aktuell in einem sehr schwierigen Umfeld. Sie müssen für 2015 mit einem kräftigen Rückgang ihres ohnehin schon tiefen Arbeitsverdienstes von fast 11 Prozent rechnen. Daher wirkt die Ankündigung des Bundesrats, den Rahmenkredit für die Jahre 2018 bis 2021 um fast 800 Millionen zu kürzen, wie ein zusätzlicher Schlag ins Gesicht! Die verheerende Konsequenz: Die landwirtschaftlichen Einkommen würden weiter sinken, obwohl der Bundesrat gemäss Landwirtschaftsgesetz verpflichtet ist, sicherzustellen, dass diese jenen von vergleichbaren Branchen entsprechen. Als Provokation sondergleichen versteht der SBV die Aussage, die Kürzungen können von der Landwirtschaft mit weiteren "Produktivitätsfortschritten" aufgefangen werden.

Der Bundesrat will mit dem Sparen aber nicht bis 2018 warten. Schon für die Jahre 2016 und 2017 plant er massiv weniger als versprochen einzusetzen – was absolut unverständlich ist. Gerade die Ausgaben der Landwirtschaft blieben – im Vergleich zu allen anderen Bereichen – in den letzten zehn Jahren stabil. Die Schweizer Bäuerinnen und Bauern erhielten mit der Agrarpolitik 2014-17 einen langfristigen öffentlichen Leistungsauftrag. Zwei Jahre nach dem Start, nachdem alle Programme laufen und die Bauern die neuen Vorgaben umsetzen, will der Bundesrat die bestellten Leistungen plötzlich nicht mehr vollumfänglich bezahlen.

Der SBV wird sich vehement gegen die Sparpläne wehren und fordert den Bundesrat auf, diesen Vertrauensbruch zu korrigieren. Ansonsten liegt es einmal mehr am Parlament – welches schon des Öfteren Fehlentscheidungen des Bundesrates korrigieren musste – dies zu tun.

Grosse Manifestation am 26. November 2015 (Bewilligung der Stadt Bern ausstehend, Termin noch nicht definitiv)

Der Entscheid, den Zahlungsrahmen für die Jahre 2018-21 massiv zu kürzen, bringt das Fass zum Überlaufen! Bereits mit

- den gravierenden Sparvorschlägen zum Budget 2016
- der Änderung der Gewässerschutzverordnung
- der Verweigerung, die Rahmenbedingungen für die Zuckerwirtschaft zu verbessern
- dem halbherzigen Engagement, das Schoggigesetz zu verteidigen

hat der Bundesrat die Interessen der Bauernfamilien arg missachtet. Der Vorstand beschloss an seiner heutigen Sitzung die Durchführung einer nationalen Manifestation am 26. November 2015 (Bewilligung der Stadt Bern noch ausstehend, Termin noch nicht definitiv) in Bern. Die Vorbereitungen dazu nahm der SBV unverzüglich an die Hand. An einer Medienkonferenz am 11. November 2015 wird er näher darüber informieren.

Seite 2 | 2

Rückfragen:

Markus Ritter, Präsident SBV, Mobile 079 300 56 93

Jacques Bourgeois, Direktor SBV, Mobile 079 219 32 33

Francis Egger, Leiter Departement Wirtschaft, Bildung & Internationales, Mobile 079 280 69 66

www.sbv-usp.ch